

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

25 (30.1.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M. monatlich. — Einzelnummern 50 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 2,20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die deutsche Note an die Reparationskommission

Die Denkschrift an die Reparationskommission läßt deutlich durchblicken, daß sie die Arbeit einer Regierung ist, die bestrebt war und auch weiterhin bestrebt sein wird, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, andererseits aber auch den Mut aufbringt, die Unmöglichkeit der Erfüllung von Verpflichtungen, wie sie für dieses Jahr und in der Zukunft von uns verlangt werden, nachzuweisen. Die Aufstellung über die „Vermehrung der Einnahmen“ zeigt den Mächtigsten, wie weitgehend die Steuerkränkung in Deutschland bereits angegangen ist, um den Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir hätten gewünscht, daß die Reichsregierung nicht nur von den Zahlen des Verbrauchs gesprochen hätte, sondern mit markanten Beispielen auch auf die Lage der Arbeiterklasse eingegangen wäre. Dennoch aber müssen wir uns mit den Grundzügen der Denkschrift einverstanden erklären, die unserer Politik gerecht werden, indem mehrfach der Gedanke zum Ausdruck gebracht wird, daß die Maßnahmen der deutschen Finanzpolitik den Zweck verfolgen, das Budget zu balancieren, um zur Erfüllung der Reparationen endlich eine feste Grundlage zu erhalten. Geschädter als das Kabinett Febrbach ist die Regierung durch den Verlangen der Reparationskommission in gewissem Sinne nachgekommen, feste Angaben über die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches zu machen. Wenn auch die Regierung keine festen Zahlen nannte, so gab sie doch die innewohnende gewisse Grundlagen zur Berechnung der deutschen Leistungsfähigkeit und umgibt sie mit geschickter Außen- wie innenpolitischer Schwierigkeiten, die sich an die Reparationsnote in weitestgehendem Maße knüpfen können. Trotzdem aber sind wir uns darüber klar, daß die Note, die bereits vor ihrer Veröffentlichung von englischen, diplomatischen Kreisen in Berlin, die sicher nicht ununterrichtet waren, als befriedigend bezeichnet wurde, bei den französischen Chauvinisten einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen wird, wie auch die Deutschnationalen im Reich nichts unterlassen werden, um auf Grund der jüngsten Note der Reichsregierung neue Schwierigkeiten zu bereiten, und das Volk unter Hinweis auf den weitgehenden Erfüllungswillen der Reichsregierung aufzuheben. Aber auch diese innerdeutsche Seite wird ihren Zweck versehen, umso mehr, als schon der übergroße Teil des Deutschen Volkes eingesehen hat, daß die Reichsregierung auf dem richtigen Wege ist, um Deutschland anderen Zeiten entgegenzuführen. Die Lösung der Steuerfragen im Reichstag hat das klar bewiesen.

Von besonderer Wichtigkeit ist der Schlussteil der Note, der ausdrücklich darauf hinweist, daß Deutschland zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein wird, wenn der Kredit des Inlandes und Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Mit anderen Worten, wenn also die Erledigung der Reparationsleistungen sich nicht allein auf Maßnahmen der inneren Finanzpolitik beschränken, sondern Gold oder Goldwerte durch Gewährung internationaler Kredite beschaffen werden. Mit diesem Hinweis hat die Reichsregierung eine Frage angeschnitten, die für die Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist, und deren Lösung vielleicht der Kontinenz in Genoa vorbehalten bleibt.

Sofort ist, daß in dem überwiegenden Teil der Ententeländer die deutsche Note, die der Beachtung wert ist, dem Eindruck nicht verfehlt, und wie so der Verständigung, dem Völkerverständnis näherkommen.

Berlin, 28. Jan. Der Reparationskommission wurde die Antwort der deutschen Regierung auf die in Cannes getroffene Entscheidung vom 12. Januar übergeben. Die Antwort enthält, wie verlangt, ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit Garantien und ein Programm für die Reparationen im Kalenderjahr 1922. Vier Anlagen mit eingehendem Sachverhalt über das deutsche Steuerwesen, den Staat und Eisenbahn sind beigelegt. Das Reformprogramm behandelt nacheinander die Maßnahmen zur Vermehrung der Einnahmen, Beschränkung der Ausgaben und Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufes wie folgt:

Die alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz im Dezember 1920 erkannten an, daß die deutsche direkte Besteuerung seiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Trotzdem wird durch die dem Reichstag vorliegenden Gesetzesentwürfe (Einkommensteuer, Vermögenswertsteuer) die direkte Besteuerung erneuert, so daß vielfach ein Eingriff in die Vermögenssubstanz nötig ist. Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1 1/2 Proz. auf 2 Proz. und der Kohlensteuer von 20 Proz. auf 40 Proz. belastet Produktion und Verbrauch im voraus. Ebenso sollen wichtige Zölle und Verbrauchssteuern erhöht werden. Die Zölle belasten den Verbrauch des Inlandes und der indirekten Besteuerung anderer Länder mindestens gleich. In der Anlage wird die deutsche Steuerbelastung mit 31 bzw. 23 Proz. gegenüber 14 bis 18 1/2 Proz. der französischen vom Einkommen angegeben. Unter den energischen Maßnahmen gegen die Kapital-, und Steuerflucht wird die Aufhebung des Bankgeheimnisses, die Heberhebung des Wertpapierbesitzes bei den Banken durch die Steuerbefreiung hervorgehoben. Die Zölle sind gegenüber der Vorkriegszeit wie folgt erhöht: Eisenbahn-Fremdenverkehr 19, Güterverkehr 32, Post, Telegraphen 25, Post, Aufzüge für Le-

bensmittelverteilung werden im Jahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark gegenüber vier bis fünf Milliarden betragen. Der Preis wird demnach erneut um 75 Prozent erhöht, hat der Erwerbslosenunterstützung wird eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt. Die außerordentlichen Ausgaben der Post und Eisenbahn betragen nur 1/2 Prozent des Anlagewertes gegenüber 3 Prozent in der Vorkriegszeit. Der ordentliche Etat weist mit 103,2 Milliarden einen Ueberschuß von 16 1/2 Milliarden auf, die für die Reparationen ujm. zur Verfügung stehen.

Zweck Einschränkung der schwebenden Schuld wird die Reichsregierung im Jahre 1922 trotz des Mißerfolges der Sparmaßnahmen von 1919 erneut eine innere Anleihe versuchen. Ein Erfolg ist zu erwarten, wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst nicht beeinträchtigen können. Unabhängig davon ist die im Steuerkontrakt vorgesehene Pfandleihe, die aber nur eine äußerliche, nicht zu wiederholende Maßnahme darstellt, um die Reparationsleistungen für 1922 möglichst ohne die Notenpresse finanzieren zu können.

Die Autonomie der Reichsbank wird gesetzlich sichergestellt. Die Befugnis des Reichsbankrates zu Einträgen in die geschäftliche Leitung wird beschränkt. Die Wirtschaft und Finanzkraft wird in gleicher Weise wie vor dem Kriege veröffentlicht werden. Das Reformprogramm gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsbefähigungen, jedoch nicht die gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen, da die Reichseinnahmen nur Papiergeld bringen.

Die Note verweist auf die Ausführungen Rathenaus in Cannes über die Gründe des Marksturzes und die Unmöglichkeit, trotz höchster Kraftanstrengung die Mittel zum Zweck der Reparationsleistungen aufzubringen. Deutschland besitze außer der Kohle nur noch wenig Rohstoffe. Die Produktivität der Landwirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Der jährliche Einjahresbedarf an unentbehrlichen Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt je 2 1/2 Milliarden Goldmark. Die Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 ist auf rund 4 Milliarden, also unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise auf etwa 1/4 gefallen. Die Zahlungsbilanz mit rund 2 Milliarden ist passiv. Jede erhebliche Devisenabnahme bringt eine neue Erschütterung des Marktwertes, vermehrt die Inflation und schwächt Deutschlands Fähigkeit zur Reparation immer mehr. Bei der wirtschaftlichen Betrachtung des Reparationsproblems ist daher das Ergebnis, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland mindestens für 1922 von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien. Die deutsche Regierung erkennt jedoch an, daß die schweren Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen hinter den politischen Kommoditäten zurückzutreten sind. Sie verweist ausdrücklich auf die ihr bekannten Ziffern von 720 Millionen Goldmark Reparationen und 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen, die von den Alliierten in Cannes in Erwägung gezogen sind. Sie bittet, die Reparationen mögenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen niedriger festzusetzen, schlägt aber ohne Rücksicht auf die Summe der Festlegung auf Grund der Vorbestimmungen in Cannes bestehende Einzelheiten für die Durchführung der Reparationen vor. U. a. sollen die Reparationsleistungen auf die Gesamtleistungen von 1922 vermindert und sonstige Verpflichtungen in fremder Währung aus dem Friedensvertrag, insbesondere im Clearingverkehr ermäßigt werden.

Deutschland gibt ferner erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste ist das Versöhnende Abkommen abgeschlossen worden. Deutschland ist bereit, auch mit anderen Alliierten Abkommen über Sachleistungen abzuschließen.

Der Schluss der Note weist auf die Erfahrung hin, daß monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Zahlungen fremder Währung die Leistungsfähigkeit Deutschlands empfindlich schädigen und eine völlige Ordnung der Finanzen verhindern. Eine wirkliche Reparationsfähigkeit ohne Inanspruchnahme inländischer und ausländischer Kredite zur Durchführung der Finanzoperationen großen Stils ist nicht denkbar. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit ist die Voraussetzung für eine unbehinderte Durchführung der Reparationen. Die deutsche Regierung ist daher der Auffassung, daß die Erhebung der Reparationen für 1922 nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Lösung des Finanzproblems ist. Wird dieses nicht in Angriff genommen, so wird die Unmöglichkeit über die Leistungen im Jahre 1923 auch auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage der alliierten Länder einen lähmenden Eindruck ausüben.

Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission, die Schlussfolgerungen besonders zu beachten, damit der Weg der Wiederherstellung des deutschen Kredit im In- und Auslande gefunden und eine große Reparationsanleihe und ein internationales Zusammenwirken möglich gemacht werden kann.

Die deutsche Note in Paris eingetroffen
 21. Paris, 30. Jan. Der Kurier, der beauftragt ist, die deutsche Note an die Reparationskommission in Paris zu überbringen, ist gestern nachmittags im Hotel Astoria eingetroffen. Der offizielle Text der Note wird erst heute veröffentlicht, hingegen haben die Zeitungen gestern den Samstagabend auch in Berlin veröffentlichten Auszug der Note gebracht. Der gestern in Paris eingetroffenen Note, war auch ein französischer Text beigegeben. Gingen heute das Memorandum über die deutschen Einnahmen und Ausgaben, sowie das Memorandum über die von Dr. Rathenau in Cannes abgegebene Erklärung. Die beiden Schriftstücke werden von Dr. Fischer, dem Präsidenten der Kriegsschadenskommission, heute der Reparationskommission übergeben werden. Auf heute vormittag 10 Uhr ist die Sitzung der Reparationskommission zur Besprechung der deutschen Note einberufen.

Wie lange noch?

Im altrömischen Senat begann der ungeduldige Cicero die erste Rede gegen seinen Widerwärtigen Caelina mit der berühmten Frage: Quousque tandem, abutemini patientia nostra? (Wie lange noch willst du unsere Geduld mißbrauchen?) In etwas abgeänderter Form richtet heute der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Walther Dauch aus Hamburg die gleiche Frage an die Politiker. Er hat im Staatspolitischen Verlag, Berlin, eine Schrift erscheinen lassen unter dem Titel „Quousque tandem, politici?“ Und er will, wie er gleich in der Einleitung seiner Schrift erklärt, diese Frage dahin verstanden wissen: Wie lange noch sollen sich die Völker der Erde das latinarische Treiben gewisser Politiker gefallen lassen? Alle Einsichtigen auf dem Erdball, vor allem die führenden Wirtschaftler, sollen sich dafür zusammenschließen und aufpassen: „dem Wahnsinn, der gleich einer verheerenden Krankheit die ganze Welt befallen hat, unerbittlich entgegen zu treten.“

Wer ist Herr Walther Dauch und was meint er mit dem „latinarischen Treiben gewisser Politiker?“ Herr Dauch tauchte im politischen Leben Deutschlands zuerst auf, als zur Nationalversammlung 1919 gewählt wurde. Da war er Kandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Hamburg-Bremen; bei der Reichstagswahl 1920 wurde er volksparteilicher Spitzenkandidat für Hamburg. Man hält also in seiner Partei große Stücke auf ihn. Als zum Kriegsausbruch war er als Großkaufmann in Uebersee-Beschäftigungen tätig, leitete Kaffeeplantagen in Guatemala, gehörte dem Aufsichtsrat einer zentralamerikanischen Eisenbahngesellschaft an und hat jedenfalls einen großen Teil der bewohnten Erde mit eigenen Augen gesehen. Sein Blick ist also in weltwirtschaftlichen Dingen sicher nicht beengt. Und sein Blick richtet sich daher in erster Linie gegen alles, was der Weltwirtschaft Fesseln anlegen will. Latinarisch nennt er das Treiben aller jener Machtpolitiker, die die Völker nicht zur Ruhe gebedlicher Zusammenarbeit kommen lassen wollen. Aber nach seiner Meinung sind Politiker überhaupt, soweit sie nur die Interessen ihres Landes im Auge haben, zur Lösung der Weltprobleme nicht berufen. „Ihr „Inselgänse“, das heißt, ihr nur auf die eigenstaatliche Wirtschaft eingestelltes Denken macht sie unfähig, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Auch England macht darin nur bis zu einem gewissen Grade eine Ausnahme. Der Krieg hat eben alle Völker mit Blindheit geschlagen. In dem der nationalen Egoismus bis zum Wahnsinn steigerte, ließ er die Völker und ihre leitenden Staatsmänner völlig verkennen, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehntes eine neue Welt entstanden ist, in der man nur noch „entweder zusammenleben oder zusammen sterben kann“.

Solche Gedankengänge entwickelt die Schrift des Herrn Dauch in ihrem ersten Abschnitt, der von der Weltwirtschaft handelt. Man findet hier kaum einen Satz, der sich nicht mit unseren Anschauungen deckte. Die nationalpolitische und militäristische Denkweise wird von Herrn Dauch gründlich abgetan, der Internationalismus so eindringlich als die einzige Rettung der Menschheit gepredigt.

Auch in der Darstellung der „Weltkrankheit“, die er im zweiten Abschnitt seines Buches unternimmt, kann er auf weitgehende Zustimmung in unseren Kreisen rechnen. So, wenn er sagt, daß heute keine Zeit vorhanden ist, Experimente zu machen oder großzügige Reformen, die sicher einmal kommen müssen, in Angriff zu nehmen, geschweige denn Weltanklagungsfragen durchzukämpfen, sondern unsere erste Aufgabe bestehe darin, die Weltwirtschaft wieder richtig funktionieren zu lassen, damit wir nicht verhungern. Denn: Primum vivere (erst müssen wir leben!). Die große Schwierigkeit zur allgemeinen Anerkennung dieser Selbstverständlichkeit zu erlangen, sieht Herr Dauch in der „Weltkrankheit“ des weit verbreiteten Mißtrauens, das zuerst einmal ausgerottet werden müßte. Dieses Mißtrauen, sagt er weiter, wurde nicht erst durch den Krieg geweckt, es entstand schon mit der Industrialisierung der Welt, durch die „ein großer Teil der Massen, die früher im regen Zusammenhang mit dem Endprodukt ihrer Arbeit standen, diesen Zusammenhang durch die Art ihrer Tätigkeit in den modernen Industrien verloren haben. So wurde der Industriearbeiter zu einer Art Maschine. Statt Befriedigung in seiner Arbeit zu finden, wurde sie für ihn zur Quelle der Unzufriedenheit.“ Das sind Gedanken, die Herr Dauch aus dem alten Programm der Sozialdemokratie entnommen haben könnte. Wenn er sich weiterhin gegen den „materialistischen“ Gehalt der sozialistischen Lehre wendet, so darf daran erinnert werden, daß der wissenschaftliche Sozialismus sich stets gegen die falsche Auffassung gewahrt hat, als ob der historische Materialismus, das heißt die Methode der Geschichtsbetrachtung, nach der in letzter Instanz die wirtschaftlichen Verhältnisse und Massenbewegungen den Gang der Entwicklung bestimmen, irgendein das Streben nach materiellen Genüssen begünstigen soll. Gerade in der Gegenwart regt sich in der Sozialdemokratie sehr kräftig das Bestreben, dieser falschen Auslegung der sozialistischen Lehre durch stärkere Betonung der ethischen und kulturellen Ziele jener

Boden zu entscheiden. Man wird aber auch von einem so energiegelassen Verehrer des Weltwirtschaftsdenkens, wie es Herr Dauch ist, erwarten dürfen, daß er am allerwenigsten gegen die hier skizzierte ökonomische Grundlage der sozialistischen Weltanschauung etwas Prinzipielles einzuwenden hat. Dazu sieht sie seinen eigenen Denken viel zu nahe. Die geschichtsphilosophischen Betrachtungen, die er seinem Werk eingeschoben hat, werden von ihm selbst übrigens als Abhänger empfunden; sie sind aber mit das Interessanteste in dem Buch und es führt — unbewußt vielleicht — manche Brücke geistiger Verbindung von Walther Dauch zu Walther Rathenau.

Doch das Entscheidende ist: welchen innerpolitischen Zweck verfolgt Herr Dauch mit seiner Mahnung an die Politiker, sich nicht länger der Rückkehr zu wirtschaftlicher Vernunft hindernd in den Weg zu stellen? Er sagt selbst im Vorwort, daß er im Steuerausfluß des Reichstages von Kollegen aufgefordert worden sei, die dort von ihm vorgetragene Gedanken niederzuschreiben. Und diese Gedanken finden wir nun im dritten Teil des Buches, der nur von Deutschland, seiner Revolution, seiner Produktion, seinen Staatsbetrieben, seinen Steuergeboten und einigen anderen damit zusammenhängenden Dingen handelt. Hier kommt der unverfälschte Volksparteiler, der Herr Dauch trotz alledem geblieben ist, wiederum zum Vorschein. Denn hier zeigt sich, daß der ziceronische Ausruf der Ungebulb, den er zum Titel seines Buches wählte, doch in der Hauptsache den links gerichteten Politikern, nicht aber denen von der rechten Seite, bei denen Herr Dauch selber sitzt, gilt. Seine Kritik der heutigen Steuergehalte mag in Einzelheiten noch sehr berechtigt, der Nachweis, daß infolge unserer Währungsmissere die deutsche Steuerleistung tatsächlich weit höher als die der Engländer und Franzosen ist, noch so einwandfrei geführt sein, mit der Behauptung, daß der private wirtschaftlich tätige Besitz unentgeltlich belastet, ja geradezu konfisziert sei, wird Herr Dauch seinem Kenner unserer Steuergehalte und ihrer praktischen Anwendung überlegen. Freilich hat er darin Recht, daß es um die Kenntnis unserer Steuergehalte sehr schlimm bestellt ist, weil sie in ihrer vielfältigen Verworrenheit und immer vor neuem in Anknüpfung genommenen „Veredelung“ ein unüberwindliches Gestrüpp geworden sind, das erst einmal gründlich gerodet werden mußte. Aber waren es nicht gerade die politischen Freunde des Herrn Dauch, die im vorigen Jahre den von der Regierung vorgeschlagenen aber nur von den sozialistischen Parteien unterstützten Grundsat, daß das volle Einkommen auch der Paulente, Gewerbetreibenden, Lohnworte usw. genau wie das der Lohn- und Gehaltsempfänger besteuert werden sollte, zu Fall brachten, und jede Mitarbeit verweigerten, solange dieser einzig gesunde Grundsat aufrecht erhalten würde? Auf ihr Betreiben kamen doch alle jene Abzugsmöglichkeiten für Betriebskosten etc. in das Gesetz hinein, durch die der Steuerabgabe der Besitzenden bis heute zum guten Teil Vorwand geleistet worden ist. Herr Dauch sieht nun wohl ein, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen kann. Aber was er vorschlägt, sind auch wieder nur Heilmittel von recht zweifelhaftem Wert.

Für die Gesundung der deutschen Währung und damit auch der Wirtschaft macht Herr Dauch nur anderungsweise Vorschläge, deren öffentliche Erörterung ihm zur Zeit noch nicht zweckdienlich erscheint. Er spricht dann von der Schaffung eines zweiten Wertmaßes neben der Mark, der für den wirtschaftlichen Verkehr gelten, aber mit dem Staatshaushalt nicht verknüpft werden soll. Das ist ein ziemlich unsicheres Gebilde.

Das deutsche Volk hat bis heute seit den Tagen der Revolution wahrhaftig keine janatische Besitzfeindschaft an den Tag gelegt, sondern auch in seinen sozialistisch gestimmten Schichten die Einsicht bewiesen, daß allen großen Reformen, die einmal kommen müssen, die Wiederanfrichtung unserer Wirtschaft zu voller Leistungsfähigkeit vorangehen muß. In den Wirtschaftsführern ist es jetzt, ihr Können und ihren guten Willen zu beweisen. Die Politiker der linksgerichteten Parteien, die nach Herrn Dauchs Meinung „als Sklaven ihrer Vergangenheit an alten Dogmen festhalten, indem sie den wirtschaftlich unzulänglichen Begriff von einer Gegenwärtigkeit zwischen Arbeit und Kapital vertreten“, werden dabei ganz ge-

wiß nicht hindernd im Weg stehen, es sei denn, daß die Aufhebung des Klassengesetzes lediglich darin bestehen soll, daß wieder, wie im alten Rom, die Besitzenden alle Lasten auf die Besitzlosen abwälzen und durch deren Mehrarbeit aufbringen wollen. Das war nämlich das Ziel, das der als Redner berühmte, aber als Politiker berüchtigte Cicero stets verfolgt und zum Schaden seines Vaterlandes auch erreicht hat. Wenn er gegen Skatima die Empörung schürte, tat er es nur, um die Reformpläne gegen den skrankenlosen Privatkapitalismus zu vereiteln, an dem Rom schließlich zugrunde ging. Vielleicht liest Herr Walther Dauch noch einmal das Urteil Mommsens über Cicero nach. Er wird dann allen Anlaß haben, zu überlegen, ob es klug war, sich des Ausspruches dieses kurzlichen Egoisten und Volksverderbers zu bedienen und damit gewissermaßen selbst ein Warnungszeichen vor den Gedankengängen seines Buches aufzurufen.

Die Unabhängigen und das Steuerkompromiß

Besonders die unabhängige Provinzpresse hebt aus Anlaß des Steuerkompromißes gegen die Sozialdemokratie. Diese Hebe ist und bleibt eben doch die Hauptaufgabe der unabhängigen Journalisten und Versammlungsredner. Die unabhängige Zentralleitung und Reichstagsfraktion haben diesmal das Signal zu der Hebe durch eine Erklärung zum Steuerkompromiß. Diese famose Erklärung ist, wie die meisten unabhängigen Erklärungen vorerits aus dem demagogischen Bektrug heraus geboren worden. So wendet sich die Erklärung gegen die Zwangsanleihe im Betrage von einer Goldmilliarde überhaupt, während in Wahrheit bei den Vorverhandlungen auch die unabhängigen Unterhändler eine Zwangsanleihe erstattet in Erwägung gezogen hatten. Freilich, sie forderten zwei Goldmilliarden, nachdem sie merkten, daß unter Betreibern eine Goldmilliarde forderten. Sei es im Reichstage, im Landtage, in der Gemeinde oder bei Kommunalbewegungen, immer wieder wird man erleben, daß die Unabhängigen einen wahren Feuerzettel darin entwickeln, stets mindestens nochmal so viel als wir zu fordern. In der Regel sind ihre Forderungen absolut unmögliche. Aber was schadet das: die Unabhängigen können in der Presse und in ihren Versammlungen „beweisen“, daß sie am meisten fordern, die Reichstagslisten aber wieder elende Kompromisse geschlossen und nachgegeben haben.

Beim Abschluß des Steuerkompromißes handelte es sich um die Existenz des Reichstages, das bis bisher überhaupt nur existieren konnte, weil die Unabhängigen ihm gegenüber eine sehr wohlwollende Haltung eingenommen haben. Der Sturz Reichs und gar erst eine Reichstagsauflösung wäre den Unabhängigen höchst unangenehm gewesen. Ihr Hauptorgan, die Berliner „Freiheit“, spendet dem Kanzler für seine Rede ganz auffälliges Lob. So z. B.: „Es ist im Wesentlichen die Politik, die wir in ihren Grundzügen stets gefordert haben: eine Politik der Offenheit, der Ehrlichkeit und des gesunden Menschenverstandes.“ So die „Freiheit“ über die Kanzlerrede vom Donnerstag, von der noch gesagt wird, daß sie „glücklich und würdig“ gegenüber Frankreich und „glücklich und klar formuliert“ gegenüber England. Aber, trotzdem: weil wir Sozialdemokraten ein Steuerkompromiß eingegangen sind, um den Kanzler der offenen, ehrlichen und vom gesunden Menschenverstand diktierten Politik zu halten, und weil sein Sturz die denkbar schwersten Folgen für Deutschland haben würde, werden wir in der unabhängigen Presse in allerhöchster Weise beschimpft und verächtlich.

Die Unabhängigen wissen, daß es keinen anderen Weg gab, um Deutschland jetzt vor schweren Erschütterungen zu bewahren, als der von der Sozialdemokratie unter hartem Ringen mit den bürgerlichen Parteien eingegangene Weg. Diese demagogische Schlamateriepolitik, das was richtig aber vielleicht unbeliebt, das was notwendig und durch die Stunde geboten ist, durch andere tun zu lassen, um dann aus parteiatischen Gründen gegen die zu hetzen, die im Interesse von Land und Volk gehandelt haben, ist gemeinlich, um nicht zu sagen, ist es auch erbärmlich. Sie schädigt vor allem aber die Kraft der Arbeiterklasse und wird schließlich die Unabhängigen doch nicht vor dem tödlichen Untergang zu retten vermögen. Wir wären in Deutschland ein großes Stück weiter gekommen, wenn diese törichte und gemeinlichliche Haltung und Taktik der Unabhängigen nicht wäre. Ist es ein Wunder, wenn bei den Kompromißverhandlungen die Bürger-

lichen in dem Maße widerstandslustiger gegen die sozialdemokratischen Forderungen wurden, in dem sie merken und sehen, daß die Unabhängigen abermals sinnlose Abstimmungslisten treiben? Während der ganzen Tage des Verhandels war ja jedem Reichstagsmitglied händlich genau bekannt, wie die einzelnen Parteien sich stellen und wie sie operieren. Und als erkannt wurde, daß die Unabhängigen das alte Spiel wieder spielen, hatten die Bürgerlichen und alle anderen eine härtere Position. Und nun schreien die Unabhängigen aus ihrem Agitationsbüro heraus über den angeblichen Verrat der Reichstagslisten. Und da gibt es immer noch Arbeiter, die in tiefster Zeit ein solch unfünftiges Spiel mit sich treiben lassen, so wie es die Unabhängigen leider wieder spielen.

Die beabsichtigten Wohnsteuern

Im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen wurde der Gesetzentwurf über die Erhöhung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungswesens beraten. Regierungseitig wurde erklärt, daß zur Gewährung von Baukostenbeiträgen im Jahre 1922 die Abgabe zur Förderung des Wohnungswesens erhöht werden müsse. Es sei dabei der in der Entscheidung des Reichstages genannte Betrag von sechs Milliarden Mark als Richtbetrag anzusehen. Sollte man diesen gesamten Betrag durch eine Erhöhung der Abgabe unmittelbar aufbringen, so würde das eine Erhöhung der Abgabe um ungefähr 100 Proz. der Miete bedeuten. Nun müßte aber schon dem Hauseigentümer zur Deckung der Aufwendungen für die Verwaltung und Unterhaltung der alten Gebäude Mieteerhöhungen gewährt werden, die im ganzen durchschnittlich auf 100 Proz. der Friedensmiete geschätzt werden. Dazu kommen neue staatliche und kommunale Grundsteuern, die auch 50 Prozent der Friedensmiete ausmachen dürften.

Alles in allem wäre mit folgender Verteuerung zu rechnen: 100 Proz. durch das Reichsmietengesetz, 50 Proz. neue Grundsteuern, 10 Proz. alle Wohnungsabgaben, das sind 160 Prozent der Friedensmiete. Wenn nun zu diesen 160 Proz. noch eine weitere Erhöhung um 100 Proz. als Baukostenbeiträge treten würde, so würde das insgesamt eine Verteuerung um 260 Proz. bedeuten. Wenn demnächst ein erheblicher Teil der notwendigen Mittel auf dem Anleihewege beschafft werden könnte, würde eine Erhöhung der Friedensmiete nur um 200 Proz. insgesamt eintreten. Aus der Mitte des Ausschusses wurde über eine solche starke Steigerung der Mieten Klage geführt.

Ein Regierungsvertreter führte dem gegenüber aus, daß eine solche Steigerung der Mieten bei der heutigen Geldentwertung nicht zu umgehen sei. Diese Mieteerhöhungen kämen außerdem nicht den privaten Hauseigentümern, sondern der Allgemeinheit zugute.

Der kronprinzliche Harem

Daß ein Gerichtshof im Deutschen Reich als wahr unterstellt, daß der frühere deutsche Kronprinz in seinem Hauptquartier einen Harem von Dirnen beherbergt habe, dürfte vielleicht Erstaunen erregen. Freilich erklärt sich dieser Vorfall ganz einfach. Vor dem Landgericht Frankfurt a. O. als Berufungsinstantz hat sich am 28. Januar Genosse Hebbelsturz Kurt Lehmann wegen Verleumdung des Offizierskorps des alten Heeres und der Reichswehr zu verantworten. Gegenstand der Anklage war ein Artikel zum 9. November, der auf die „saufenden, hurende und fressende Offizierswelt“ in der Etappe hinwies. Der Angeklagte trat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Kallfeld, einen außerordentlich umfangreichen Wahrheitsbeweis an. Er benannte über 1500 Zeugen für die Aufnahme in der Etappe, außerdem legte er zahlreiche Urkunden, Speisefarten aus Offizierskasinos und dergleichen zum Beweis des Etappenlebens vor. Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in diese Beweismaßnahmen einzutreten, die so ganz und gar nicht der Absicht der Anklage entsprochen hätte, das Offizierskorps in Schmach zu nehmen. Es wußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisurkunden kurzerhand als wahr hinstellte. (Die Herren Richter scheinen über die Zustände in der Etappe gut Bescheid zu wissen. Red. d. B.). Unter diesen Beweisurkunden befand sich u. a. auch die Behauptung, die in dem Buch eines bürgerlichen Politikers „Die Tragödie Deutschlands“ (Verlag Dunder u. Humboldt), aufgestellt ist:

Die Offiziere gaben der Mehrzahl nach nur ein Beispiel besonderer Jagdgesellschaft. Der deutsche Kronprinz beherbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere überfluteten die Etappe.

Ferner behauptete die Verteidigung, der ehemalige Kronprinz habe ein in seinem Etappenort wohnendes unbesoldetes junges Mädchen zu seiner Dirne gemacht, und die empörten Eltern des Mädchens aus dem Dorf abspießen lassen.

Wald darauf rief man zur Kapelle. Ich blieb allein bei dem Kranken zurück, den ich ganz unermittelt fragte: „Gibt du auch noch eine Heimat?“

Da sah er mich hart an, richtete sich im Bette empor und antwortete laut: „Eine Heimat? Da, la, la, la, la!“ Drauf fiel er zurück in das Kissen, blinzte auf einen Punkt an der Wand, zirkelte an seinem Schnurrbart mit der rechten Hand, während er mit der linken Hand über die Bettdecke fraß. Sochte ging ich hinaus, suchte eine Schwester; doch die befand sich mit den Anderen in der Kapelle bei der Andacht. Endlich kam sie, und als sie vor dem Kranken stand, dessen Puls befühlte, sagte sie, er habe es bald überstanden — der Schlag hätte ihn gerührt. Als sie hinaus ging, folgte ich ihr und beichtete meine Schuld. Doch sie erwiderte, daß meine Frage keinen Einfluß auf das Leben des Betroffenen gehabt hätte. Die Schwestern waren sich bei der Entlassung des Kranken schon einig, daß man es mit einem dem Tode Gemeinen zu tun hätte. Trotzdem wollte sich mein Gewissen nicht beschwichtigen. Erst der Arzt, der bald darauf kam, beruhigte mich soweit, daß das Gefühl, einen Mord begangen zu haben, von meiner Seele wich.

Der Kranke früherer Freund und Studiengenosse kam mit seinem Wagen mit einem kostbaren Sarg darauf. Inwendig war der letzte Welt mit Erde ausgefüllt, hatte föhlichen Beschlag und Spigen und Quasten. Der Sterbende hatte noch zwei Tage gerungen, und jedesmal, wenn sich die Stubentüre öffnete, die Augen gemeldet, als hätte er noch jemand erwartet. Er war noch nicht ganz tot, als seine beiden Söhne ankamen, die ihn seit 15 Jahren nicht mehr gesehen hatten. Kopf drauf war dann der Sarg angelangt. Und der, welcher jahrelang abendfeld in Heu und Stroh im Straßengraben, in den laugen Betten und in Ställen zwischen dem Vieh geruht hatte, erhielt als letzte Lagerstätte ein Krummbett, eines Millionärs würdig.

Sein Freund brachte den Toten nach dessen Heimat, die ihn den Lebenden einst ausgehoben hatte.

Die Rebel kamen und gehen. Mander sucht die Säftelet zu heben, sie zu gereinigen; getät in den Sumpf und berückte. Wohl dem, der das, alles niederringende Licht abmarten kann! Weitere Blüten gibts dann zu schauen, wo die Hoffnung als Begewisserin winkt und den Weaniden seiner ganz geglaubten Heimat entgegenführt.

Aus dunklen Stunden

Von Karl Salm-Merseburg
(Schluß)

Dieser frühere Kellner als seine Maßheiten noch genau so, wie es die Etikette vorschrieb; das Wasserglas war ihm der Römer, die Spitaluppe dünkte ihm ein fürstlicher Gang zu sein. Trotz seiner ausgestandenen Leiden verfügte er noch über Wit und Humor. Die anstehend wirkten. Laut sprach er morgens und abends sein Gebet, sagte noch ein Gebetsbuchers, um ja sicher zu sein, von Gott nicht vergessen zu werden.

Nach ihm kam ein Mann, ein Däne von Gestalt. Danges, volles Haar schmückte das Haupt des Hochfährigen. Steinern schien sein Gesicht zu sein, denn selten glänzten seine Augen hinter der doppelten Welle. Sein Antlitz war umhüllt mit einem wilden Vollbart, der an einigen Stellen ineinander vermachsen war, so daß sich Haarwülste gebildet hatten, die seinen Rücken glichen. Sein Gang war der sogen. Sahnentritt, wie wir ihn oft bei mander- und parademühen Stabsoffizieren sehen: jenes kampfhafte Emporgleichen der Beine, das wirklich an den Gang müder Hähne erinnert. Die Nägel an den Fußgehenden glichen Stabschneideln. Die Fingernägel jedoch waren vorzüglich gepflegt und die Hände so fein und zart, als wären sie für einen Diplomaten geschaffen.

Als der Mann sich in das erdarrte Bett gelegt hatte, blidete er sich befriedigt um, nahm ein Raubbuch und schrieb. Uns gab er nur auf Verlangen notdürftig Bescheid. Kameradschaft, Mitteilbarkeit, gegenseitige Aussprache liebte er nicht. Er sahien, wenn nicht menschenfeind, doch Menschenverächter zu sein. Und doch hatte er, da sich sein Zustand von Tag zu Tag verschlimmerte, seine Nebenmenschen nötig. Denn die Schwestern kamen ja nur dann, wenn es galt, eine Stimmehalsstunde zu geben, das letzte Welt aufzuschreiben, oder zur Weichte zu drängen. Und der Arzt erschien, wenn der Tod sich angemeldet hatte, oder schon dagewesen war.

Nach einigen Tagen konnte der Kranke nicht mehr gehen. Wir anderen besorgten Handreichungen und versahen ihn so gut wie wir es vermochten. Nach den Mitteilungen, die uns durch einen Botsmann wurden, war der Arme früher ein vermöglicher Herr gewesen. Ein Krebsameri Welt auf dem Gebiete der Sprachenkunde, hätte er nach Absolvierung seiner Gym-

nastallstudien die Sorbonne in Paris und leiber auch die verschiedenen Lokale im Montmartre-Viertel mit ihrem Drum und Dran besucht gehabt. Dann war er nach Deutschland zurückgekehrt, hatte Privatstudien getrieben, Bekanntheitschaften gemacht, da er ja in der Sprache der Liebe genugsam bekannt war. Sechs Sprachen sprach und schrieb er geläufig als er sich verheiratete. Im Lenz eines jeden Jahres reiste er nach Paris, um sich noch mehr zu vervollkommen. Bis man ihn eines schönen Tages entmündigte, nachdem die Ehefrau die Scheidung eingereicht hatte.

Jetzt mußte er leiber noch eine Sprache, die der Not, erlernen. Das Monatsgeld, das er von seinem Vormunde jeweils zugesandt erhielt, reichte nur wenige Tage. Es ward durchgebracht mit Genossen, die er zuweilen anfangs auf irgend einer deutschen Landstraße. Dann ging er wieder einsam durch die Lande bettete den deutschen Bauern auf englisch an, stellte sich den Rittergutsbesitzern als Sprachlehrer vor, den Postköttern als Kenner des Hebräischen und Griechischen, bis er endlich auf gut deutsch Kühe und Schweine führte. Dann landete er beim Raktor Wobelschwing, der ihn aber auch in die Landwirtschaft verpflanzte. Und doch hatte der Sprachkundige gedacht, man würde ihn als Hauslehrer irgend wo unterzubringen versuchen. Jede Stednadel, jeden Hosenknopf hob er auf. Von letzteren besah er eine ganze Sammlung, die er in seinen Taschen verstaute. Dann ist er krank geworden, im Wagen hat man ihn hierhergebracht in seine letzte Station.

Als sein Landmann und dies Alles mitgeteilt hatte, waren wir erschüttert. Da lag dieser Mann mit seiner Jungensfertigkeit und wußte nichts zu sagen. Zum Stummsein schien er selbst sich verurteilt zu haben; die Unkenntnis lebte nicht mehr für ihn, er lebte nur sich selbst. Lieber hätte im Stillen die Gespräche der Anderen in geistige Sprachen und machte sich Notizen.

Da geschah es an einem düstern Winterlage, daß ein jeder von uns seine Heimat schiederte. Jeder rührte, die heimliche zu haben. Sogar der Kellner, der einem Winterknecht Mit-Raubstus entflammte, inmitten des großen Steinmeeres Berlin aufgemachen und sich so gar nicht an das Beschränkte, Kleine, gewöhnen konnte, forderte von uns die Anerkennung, die schönste Heimat zu haben. Draußen herrschte ein dicker Nebel, so daß es gar nicht recht Tag zu werden schien. Doch wir haben unsere Heimat, unsere ferne, im Frühlingssgauer; wir wurden wie die Aender und lachten bei kalten herlosen Fremde.

Das wurde von dem Gericht kurzerhand als wahr unterstellt, nähere Beweisaufnahme hielt es nicht für nötig. Man hätte eigentlich meinen müssen, daß nach dieser Währungsunterstellung das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen wäre. Aber weit gefehlt! Mit der kniffligen Begründung, daß es ein besonderes Stappenspezifisches nicht gegeben habe, daß also durch die Behauptung des Angeklagten auch die Frontoffiziere mit beleidigt seien, von denen jeder, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal in die Hände gekommen sei, verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 1500 M Strafe. Der Staatsanwalt Klotz hatte drei Monate Gefängnis oder 150 000 M Strafe beantragt. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet. Besideitend an der Sache ist, wie das Gericht die Erhebung eines ihm peinlichen Beweises vermeidet, indem es alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, diesen dann aber trotzdem verurteilt.

Die Absichten der deutschen Volksparteier

Die persönlichen und sachlichen Garantien der Deutschen Volkspartei, die an die endgültige Verabschiedung der Steuerentwürfe geknüpft werden, sind bis heute noch nicht klar präzisiert worden. Aus dem vorkommenden Organ der „Welt“, die noch vor kurzem mitteilte, daß unter den Garantien keine Umänderung der Reichsregierung zu verstehen sei, vernimmt man heute aber, daß einzelne Volksparteier tatsächlich nach einem Ministerwechsel streben. Insbesondere scheint den Herren das Reichswirtschaftsministerium, das zur Regulierung der Kohlen- und Eisenpreise maßgebend ist, am Herzen zu liegen. Man beobachtet so, anlässlich der kommenden Neuregulierung der Kohlen- und Eisenpreise zur Entlastung der Summen, die die Zwangsanleihe aufbringen soll, zu benutzen, also in Wirklichkeit die Lasten wieder auf den Verbrauch abzugeben. Diese Gedankengänge, die in vorkommenden Kreisen eifrig kursieren und besprochen werden, sind von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wohl zu beachten.

Besondere Aufmerksamkeit tut schon deshalb not, weil besonders in demokratischen Kreisen die Regierungsumbildung mit Einfluß der Volkspartei erstrebt wird, und allem Anschein nach auch gewisse Zentrumskreise diese Bestrebungen unterstützen. So schreibt z. B. die „Germania“ in ihrer Samstagabendausgabe u. a. folgendes:

Nachdem die klare, politische Linie gewonnen ist, wird die Konsolidierung und Verbreiterung der Regierungsbasis nicht mehr allzulange auf sich warten lassen. Darum braucht sie freilich nicht überhastet zu werden. Gewiß muß das gegenwärtige Kabinett erweitert werden, aber die Ergänzung sollte unserer Meinung nach mit weiser Ueberlegung und zum Zug erfolgen, ohne auch nur in Erwägung über Kabinetts-Krisen einzutreten. Noch weniger sollte es dabei zum Handel um Personen kommen. Streng sachliche Gesichtspunkte allein dürfen maßgebend sein. In dieser Beziehung haben wir volles Vertrauen zu dem gegenwärtigen Reichskanzler. Herr Brüning hat heute eine so feste, politische Position, daß er sehr wohl die Ergänzung des Reichskabinetts in die Hand nehmen kann, und sie auch ausführen wird, was die Politik, und wie sie allein es fordert.

Gewiß kann der Reichskanzler eine Ergänzung der Regierung vornehmen, aber er kann keinem sozialdemokratischen Minister den Austritt aus dem Kabinett verweigern. Wir sind jederzeit mit der Ernennung hervorragender Wirtschaftspolitiker zu Ministern einverstanden, haben jedoch Bedenken mit der Hinzuziehung der Volkspartei in die Regierung.

Reichstags-Stimmungsbild

Der Reichstag beschäftigte sich am Samstag mit dem Waggomangel der Reichseisenbahn. Gen. Schumann, der für die Sozialdemokratie sprach, wies darauf hin, daß der Rheinisch-Westfälische Zementverband trotz des Waggomangels seine 360 Waggon mit Zement in das Ausland verschoben hat. Mit aller Entschiedenheit wies er die Beschuldigungen, daß das Personal seine Pflicht nicht erfüllt, zurück, zeigte andererseits aber auch an Beispielen, daß die Landwirtschaft zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten beitrage, indem sie ihre Produkte zu einer Zeit verfrachtet, wo eine ausreichende Waggongestellung nicht möglich ist. Nicht auf den Lichtfundament seien die Stockungen zurückzuführen, sondern auf das vergangene System, das während des Krieges durch den Militarismus die Bahnen heruntergewirtschaftet habe. Gerade jene Kreise, die heute Beschwerde über die Eisenbahnen erheben, seien es gewesen, die die schwierigen Zustände herbeigeführt haben. Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums teilte dann an Hand statistischer Materialien mit, daß die Klagen über Waggongestellung vielfach sehr übertrieben werden. Im April, Mai und Juni sei z. B. bei der Waggongestellung an der Ruhr gar kein Ausfall eingetreten.

In der weiteren Debatte sprach der Reichsverkehrsminister mehrfach, um Beschuldigungen der Rechten wegen zu rückfichtsvollen Vorgehens bei dem sächsischen Eisenbahnstreik zurückzuweisen. Gröner teilte mit, daß sich der Eisenbahnpräsident in Dresden nicht im Rahmen seiner Richtlinien gehalten habe und die Angelegenheit zu milde erledigte.

Angenommen wird eine Entschleunigung, die die Reichsregierung erucht, den Entschleunigungen des Reichstags zum Befehlungsgebot vom 17. Dezember 1920 betr. Aufstellung von Grundrissen für die künftigen Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder kleinteilig Folge zu leisten. Nach 1 1/2 stündiger Sitzungsdauer wurde die Tagung bereits beendet und die nächste Sitzung auf Montag 2 Uhr anberaumt.

Schluss der politischen Aussprache im Landtag

In der Nachmittags-Sitzung wurde nach ermüdend langen Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner ein Antrag auf Schluss der Debatte angenommen, wodurch Redner aller Parteien quillotiniert wurden — ein Verfahren, das nach der viertägigen Redezeit wohl berechtigt ist, da das Interesse sowie auch das Niveau der Debatte durch weitere Fortführung der Debatte nicht gewinnen konnte. In der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung erhielt diese — nur die 2 USP. und 3 Kommunisten erklärten sich dagegen, während die Sozialdemokraten und Landbund sich für Stimmenthaltung aussprachen — mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Liberale Volkspartei eine gewaltige Mehrheit als Endergebnis der ganzen

politischen Aussprache, womit vor dem ganzen Lande die Politik der Regierung ihre ausdrückliche Billigung erfährt.

Nachmittags-Sitzung

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.): Die Presse aller Parteien sollte die Verantwortung mit jener Würde verbinden, die sie verdienen. Die Erklärung des Landbundes war unklar. Die beiden Linksparteien ließen naturgemäß den Verhältnissen anders gegenüber. Wir werden die sozialen Pflichten nie vernachlässigen. Die Staatsregierung findet unsere Billigung, wenn sie erklärt, daß die Zeit nicht dazu ist, kulturelle Fragen aufzurollen. Das Zentrum denkt nicht daran, an der Simultan-Schule zu rütteln, unter der Voraussetzung, daß die Garantien von 1876 bezüglich des Religionsunterrichts erhalten bleiben. Beim neuen Schulgesetz soll sich auch der christliche Geist zeigen. Es gibt wenig Rechtsansprüche, die so gut fundiert sind als die Rechtsansprüche der Kirche auf die Dotationen, bezw. auf Rückgabe der Kirchengüter.

Der Kampf gegen die Austerlitz im Kino und Theater muß mit allen Mitteln aufgenommen werden. Redner macht zunächst aufpolitische Bemerkungen und setzt sich dann in längeren Ausführungen mit dem Landbund auseinander, wobei es zu Zusammenstößen mit dem Abg. Klüber (Ldbd.) kommt. Ohne die Institution des Vertrauensvotums ist ein wirtschaftlicher Fortschritt unmöglich. Das ist kein Eigentumsfanatismus, wie ihn Abg. Klüber lehrt, sondern eine Auffassung, wie sie dem Christentum entspricht.

Eingegangen ist ein Antrag Marum (Soz.), Schofer (Ztr.), Glöckner (Dem.) auf ein

Vertrauensvotum

für die Regierung. Ferner ist ein Antrag aller Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten auf Schluss der Debatte eingegangen. Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.M.) erklärt, daß seine Fraktion schon mehrfach betont habe, die Regierungsmittelgeber wären bemüht, pflichtgemäß ihre Stellen auszufüllen. Weiter können wir nicht entgegenkommen. Beim Vertrauensvotum enthalten wir uns der Abstimmung.

Abg. Klüber (Ldbd.): Wir nehmen gegenüber der Regierung eine abmildernde Haltung ein und enthalten uns der Abstimmung.

Abg. Wof (Komm.): Wir können der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen.

Abg. Freidhof (USP.): Wir lehnen eine Vertrauensabgabe ab.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) beantragt namens der Koalitionsparteien das Vertrauensvotum.

Abg. Frau Inger (USP.) und Ritter (Komm.) protestieren gegen den Antrag auf Schluss der Debatte.

Die Vertrauensabgabe für die Regierung wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Liberalen Volkspartei angenommen.

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen bei Stimmenthaltung einiger Deutschnationaler angenommen.

Damit ist die politische Aussprache geschlossen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.M.) bespricht in persönlicher Bemerkung die Feststellung des „Red. Beobachters“, die Deutschnationalen wären bereit, mit den Sozialdemokraten in eine Koalition einzutreten, als unrichtig.

Es folgt die Wahl der ehrenamtlich tätigen

Vertreter der Arbeitnehmer beim Landesfinanzamt

Es erhalten von den 9 Sitzen die Freien Gewerkschaften 6 Sitze und die Christlichen Gewerkschaften 3 Sitze.

Eingegangen ist ein Antrag Marum (Soz.) auf Vorfrage werden bei der Reichsregierung zwecks Verrückung der Reichsversicherungsordnung.

Kurze Anfragen

Auf die kurze Anfrage des Abg. Großhans (Soz.) über die Ergebnisse der Waffenschließungen nach Boden teilte der Generalkommandant mit, daß teils Strafvorfällen im Gange sind, teils Erhebungen noch lauten. — Auf die kurze Anfrage des Abg. Graf (Soz.) bezüglich Vergünstigungen für die Arbeiterfahrkarten, teilte der Regierungsvertreter mit, daß die Regierung hierzu bemüht ist, doch ist es fraglich, ob angesichts des Eisenbahnbedarfs dies möglich wird. — Auf eine kurze Anfrage teilte der Regierungsvertreter mit, daß das Verfahren gegen die Eisenbahnbediensteten noch nicht abgeschlossen ist und daß die bisherigen Feststellungen keine Begründung ergaben, daß nicht einwandfrei gehandelt wurde.

Auf die Anfrage des Abg. Wof (Komm.) betr. Milchverarbeitung der Stadt Lorrach teilte Regierungsvertreter Pfisterer mit, daß bereits früher geantwortet wurde, eine Vernehmung der Vorkommnisse für Lorrach könne nicht gerechtfertigt werden. Die Verhältnisse in der Milchproduktion im Lorracher Bezirk haben sich gebessert. Die schlechte Milchlieferung muß also andere Ursachen haben. Neuerdings können auch die Binder von 7 bis 14 Jahren besser besetzt werden. Es ist zu hoffen, daß die Versorgung jetzt wieder ausreicht wird. Lorrach ist mit Milch bedient, andere Städte haben aus ihren Vorkommnissen viel mehr Milch herausgeholt als Lorrach.

Präsident Wittenmann teilt mit, daß nächste Woche der Staatsratsantrag herankommt, der sofort an die Ausschüsse geht. Der Präsident wird ermächtigt, Tagesordnung und Termin der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Schluss der Sitzung: 7 Uhr.

Aus der Partei

Zur gefälligen Beachtung

Infolge der bevorstehenden Nachprüfung der Dreiklassen-einteilung werden die sozialdemokratischen Abgeordneten mit Eingaben von Beamtenartikeln, Arbeiterorganisationen, Bürgermeistern und Einzelpersonen überschüttet. Die Fraktion läßt mitteilen, daß es keinem Abgeordneten möglich ist, diese Zuschriften sämtlich zu beantworten, zumal Rückporto in den seltensten Fällen beigefügt ist. Die Verhandlungen über etwaige Änderungen in der Dreiklasseneinteilung werden Anfang Februar beginnen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird dafür sorgen, daß bei jedem Landesteil sachkundige Abgeordnete zu den Verhandlungen anwesend sind.

Badische Politik

Die Entschädigung der Bezirksratsmitglieder wird in einer vom Ministerium des Innern herausgegebenen Verordnung neu geordnet. Danach erhalten die Bezirksratsmitglieder für ihre Teilnahme an den Sitzungen u. v. je nach Zeitumfang 20 bis 30 M. und für auswärtiges Wohnort noch besondere 20 M. Ferner werden die Fahrtausgaben u. v. ersetzt. Im Falle auswärtiger Bezahlung erhöhen sich die Tagegelder um 50 v. S. Neben dem Tagegeld erhalten die Bezirksratsmitglieder auch Entschädigung für Wohn- oder Verdienstausfall bis zur Höhe von 60 M. für die einzelne Sitzung.

Berichtszeitung

Nachrichten zum Textilarbeiterstreik im Wiesental

Freiburg, 28. Jan. Im Zusammenhang mit dem Textilarbeiterstreik im Wiesental im Frühjahr des vergangenen Jahres war es auch bei der Weberei der Gebrüder Großmann in Brombach am 18. April zur Arbeitseinstellung gekommen, die beinahe zwei Monate dauerte. Die Streikenden unternahmen zunächst gegen die Angestellten nichts, verwehrt ihnen aber den Zutritt, um Streitarbeit der Angestellten zu verhindern. Die Firma forderte polizeilichen Schutz an, der ihr gewährt wurde. Bei dem Versuch eines größeren Gendarmereiaufgebotes am 27. Mai, die Angestellten in die Fabrik zu bringen, kam es mit mehreren Hundert Streikenden zu Zusammenstößen, die den Eingang versperrten und ihn auch nicht freigaben, als der führende Gendarmereioberste die Streikenden aufmerksam machte, daß sie sich im Weigerungsfalle des Auftrages schuldig machen würden. Im ganzen waren 13 Angeklagte erschienen. Das Urteil lautete bei 11 Angeklagten zu je 200 M. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis wegen Aufruhrs, zwei der Angeklagten wurden freigesprochen.

Vertrau. Ein Mitglied der Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt war krank gemeldet und bezog Krankengeld. Dasselbe hat während des Krankengeldbezuges an verschiedenen Tagen gearbeitet. Bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wurde die Sache angezeigt und das Mitglied wegen Betrugs zu 10 Tagen Gefängnis resp. 100 M. Geldstrafe verurteilt.

W. Teichlad. Vor den Geschworenen in Konstanz hatte sich der 28 Jahre alte ledige Polizeier Paul Müntz aus Tuttlingen wegen Totschlags zu verantworten. Ihm wird zur Zeit gelegt, und er gesteht die Tat ein, am 18. September vorigen Jahres die ledige im hiesigen Vorbell lebende Dirne Maria Gryn mit einem Schaber (ein dreifantiges dolchähnliches Instrument) erstickt zu haben. Der Angeklagte will von nichts mehr wissen. Nach seinem Verhör und dem Verhör der Zeugen ist verurteilt, daß der Antrag nicht auf Mord gestellt ist. Am Montagetage kaufte er sich das Mordinstrument. Auf planlosem Wege will er ins Vorbell gekommen sein in angelegentlichem Zustande. Hier will er in Differenzen mit der Graf gekommen sein wegen der Vergütung (was als unzulässig von den Zeugnissen dargestellt wird und nach behördlichen Feststellungen jedenfalls auch erstanden ist), worauf er ihr das lange Instrument von der Schulter her in die Brust tief, daß das Herz durchdrungen wurde. Die Verlechte war nach wenigen Minuten verstorben. Darauf folgte er. Dabei wurde keine Spur von Verurteilung gemerkt. Nach seiner während der Anklage auf der Strafe erfolgten Festnahme sprach er seine Verteidigung über die Tat aus: „Dolchmord ist für mich nicht mehr als ein Spielzeug. Die Frau hat mich nicht mehr als den Kopf genommen. Die Frau ist gut getroffen, die ist fertig.“ Und schließlich meinte, 24 Jahren und ein Sachverständiger waren zu bezeichnen. Der Wahrspruch der Geschworenen billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 4 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Kleine badische Chronik

Offenheim, 28. Jan. Zu dem neulichen Hausverstoß wird nach bekannt, daß der jugendliche Täter Karl Kembrich aus Hüllendorf erst kurz vor dem Ueberfall aus dem Aufstiege entlassen worden war, ein mehrfach verurteilter Mensch ist, und am Tage vor dem Ueberfall auf den alten Bauwirt Anton Schaefer in der „Sonne“ in Rastatt übernachtet hat. Dort erlaubte er sich nach einem angedachten Dienstameraden, der in der Enckelstraße wohnt, sein Bett. Dann begab er sich nach Offenheim, wo er von vertriebenen Leuten geübt wurde. Bekanntlich lief er bei der Verhaftung den Beamten am Hecker Tor in die Hände und machte sich auf dem Transporte dadurch verdächtig, daß er, indem er auf das Gäßchen zur „Sonne“ zeigte, Bittsteller an der Hand erkennen ließ. Er gab auch sofort zu, von Offenheim zu kommen und legte alsbald ein Geständnis ab.

Kahr, 28. Jan. Schwere Einbruchsvorfälle. In der vergangenen Nacht wurde ein Einbruch in das Auslieferungsbüro unternommen. Die Diebe zertrümmerten ein Schloßfenster und entwendeten 3 Rollen Damast in bedeutendem Werte. Einer der Diebe muß sich ziemlich verletzt haben, denn es zeigten sich starke Wundspuren.

Freiburg, 29. Jan. Ein im Stadlitz Städtchen wohnhafter 42-jähriger Schauspieler kam betrunken nach Hause, hing mit seiner Frau Streit an und schloß auf diese. Der Schuß ging aber fehl. Der Schauspieler richtete darauf die Waffe gegen sich selbst und erschloß sich.

Offenheim, 28. Jan. Einbruchsvorfälle. Ein aus Arnstberg gebürtiger 22-jähriger Rudolf Schwarz wollte hier zur Nachtzeit in das Haus des Landwirts Leopold Winterhalter einbrechen, wurde aber durch Begleitenden durch einen Schuß verletzt, der den Streich in den Oberarm traf. Anderen Tages wurde er im Hofraum, wo er Quartier bezogen hatte, aufgefunden und ins Krankenhaus Neustadt überführt.

Waldsiedel, 28. Jan. Bei einer Holzverleigerung in Stodach feierte man wie wohlfühnig darauf los. Die Holzverwaltung hatte für den Stod (2. Klasse Scheitholz) 480 M. festgesetzt. Geleitet wurde 700 bis 820 M., also durchschnittlich um 300 M. mehr als die Holzverwaltung festgesetzt hatte. Nehmet man dazu noch den Aufschlag hinzu, so gibt das ein türenes Brennholz. Die Verleigerung in der Gegend über die Preisverleierungen wächst.

Kattingen, 28. Jan. Raubüberfall. Im hiesigen Warengeschäft Götlin wurde das Ladenfräulein von einem Manne, der sich verschiedene Gegenstände hatte geben lassen und Geld verlangte, was ihm verweigert wurde, zu Boden geschlagen, wo sie bewußlos aufgefunden wurde. Durch Schritte im Hause wurde der Streich verhindert.

Bahnsteigarten. Mit Rücksicht auf die am 1. Februar 1922 eintretende Tarifveränderung ist bestimmt worden, daß Bahnsteigarten, die bis zum 31. Januar 1922 gelte sind, ab 1. Februar 1922 zum Betreten der Bahnsteige nicht mehr gültig sind.

Verkehrsverweh. 1. Gesperl ist Annahme von Frachtpausenwagenladungen nach allen Bahnhöfen in Memberg Ort und Uebertragung mit Ausnahme von Lebensmittel, lebenden Tieren und Kohlen, 2. Gypsfeld, Eis- und Frachtpaus nach Baden westlich der Linie Remagen—Arendorf—Pirna—Tiefen mit Ausnahme von Milch und Kohlen.

Parteiengenossen und Leser des „Volksfreund“
berücksichtigt bei euren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,
die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Der ehemalige braunschweigische Ministerpräsident Dertter vor Gericht

Braunschweig, 28. Jan. Vor der Strafkammer in Braunschweig begann die Verhandlung gegen den früheren, zur U.S.P. gehörenden Ministerpräsidenten Sepp Dertter und den Psychotherapeuten Otto Schlieffinger genannt Otto-Ditto wegen Verletzung des § 10 des Ehrenkodexgesetzes...

Dertter erklärte, er habe nie Geld von Otto-Ditto erhalten. Niemals habe er zu Otto-Ditto über seine Vermögensverhältnisse gesprochen oder Verfügungen getan, die die Herkunft eines Darlehens betreffen sollten.

In der Beweisnahme verdienen die Aussagen des früheren Geschäftsdirektors Otto-Dittos, Dr. Dertter, besondere Beachtung. Während einer letzten Zusammenkunft bei dem Polizeipräsidenten Dittter...

Aus der Stadt

Karlruhe, 30. Januar.

Geschichtskalender

30. Jan. 1649 Einrichtung Karls I. England wird Republik. — 1781 Der Dichter Adelbert v. Chamisso auf Schloss Boncourt. — 1919 Erlass einer neuen Landarbeitsverordnung in Preußen.

Karlruher Parteinarbeiten

Sozialdem. Verein. Montag abend 1/2 Uhr in der „Golgathen-Krone“ Vorstandsitzung, wozu ein vollständiges Erscheinen der Vorstandsmitglieder gebeten wird.

Bezirk Mittelh. Mittwoch, 1. Februar, abends 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Waldhorn“, Durlacherstraße, Bezirksversammlung statt mit Vortrag des Gen. Böhringer.

Bezirk Mittel- und Südwürttemberg. Mittwoch, den 1. Febr., abends 8 Uhr, findet im „Lohentwiel“ Bezirksversammlung statt. Am vollständiges Erscheinen wird erbeten.

Bezirk Nürtingen. Am Dienstag, den 31. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im „Schwanen“ Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Der städtische Voranschlag, Bericht Gen. Reiter. Es ist also Gelegenheit, eine kommunalpolitische Debatte zu pflegen, guter Besuch ist erforderlich.

Einigung im Holzgewerbe

Wie uns kurz berichtet wird, haben Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu einer Einigung geführt. Die Arbeit dürfte voraussichtlich morgen wieder aufgenommen werden.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratsitzung

Erhöhung des Gemeindefiskalstoffs mit der Altbahn. Durch die Erhöhung des Reichseisenbahntarifs auf 1. Februar 1922 hat sich auch die Plege veranlaßt gesehen, ihre Tarifsätze entsprechend heraufzusetzen.

Grundstücksveräußerung. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, die Veräußerung von 185 Quadratmeter Baugelände an der Ernststraße im Stadtteil Rintheim.

Erneute harte Weizenpreiserhöhung. Die Süddeutsche Mühlenvereinsung hat ihre Weizenmehlpreise Spezial 0 um weitere 75 M auf 1275 M pro 100 Kilo ab Wägle erhöht.

Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor Karlruhe. Einen schönen Erfolg kann der Verein mit der am letzten Sonntag abgehaltenen Winterfeier buchen. In überaus großer Zahl waren die Mitglieder und die besonders geladenen Gäste erschienen.

Brandstiftung. Am 27. Januar d. J. zwischen 9 Uhr vormittags und 4 Uhr nachmittags war ein jetzt noch unbekannter Täter ein brennendes benaltesches Streichholz durch eine Luftkammer eines Schmiedlers eines Modervermögens in der Kaiserstraße, wodurch ein Paar Wildleder-Damenhandschuhe und der Feppidolbel der Auslage anbrannten.

Die Nachzahlung von Renten-Beiträgen der Reichseisenbahn für das Jahr 1921/22 an Invaliden, Witwen, Waisen, für ehemalige Arbeiter oder deren Hinterbliebenen erfolgt z. Bz. bei den Stationsstellen, die die monatlichen Zahlungen ausgeben.

Wiederherstellung der Nachbarnverhältnisse gelangten mehrere hiesige Bäckermeister zur Anzeige. Außerdem wurden 3 Frauen angezeigt, welche größere Mengen Milch in hiesige Stadt eingeführt, ohne sie an das Milchkontrollamt abzuliefern.

Waldbrand. Es sei hiermit nochmals auf das heute, Montag, 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr im kleinen Festsaal stattfindende Konzert des Karlsruher Hans Bruch unter Mitwirkung von Rene Keller-Wuch hingewiesen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 30. Januar

Vorausprognostische Mitteilung: Wolkig, zeitweise weitere Regenfälle, mild.

Wetterbericht des Reiches

Schneefall 85 Jtm., gef. 15, Reg. 164, gef. 1, Regen 340, gef. 1, Mannheim 211, gef. 3.

Rechte Nachrichten

Die Tagesordnung für Genua

Berlin, 30. Jan. Die vorläufige Tagesordnung der Konferenz in Genua ist nach Londoner Mitteilungen folgende: 1. Untersuchung und Durchführung der Prinzipien, die in der am 5. Januar in Genua angenommenen Resolution niedergelegt sind.

Washington, 29. Jan. Das Kabinett hat die Teilnahme an der Konferenz von Genua abgelehnt. Die amerikanische Regierung könne sich nicht auf neue in diese europäischen Streitfragen einmischen, weshalb sie nur einen Beobachter nach Genua entsenden werde.

Lloyd George geht persönlich nach Genua

Paris, 28. Jan. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet: Man bestätigt, daß Lloyd George nach Genua gehen wird, auch sei man in England der Ansicht, daß als Datum der 8. März für den Beginn der Konferenz bestehen bleibt.

Interalliierte Außenministerkonferenz

Paris, 30. Jan. Der italienische und der englische Außenminister werden am Dienstag in Paris eintreffen. Die Konferenz der drei Außenminister von Frankreich, Großbritannien und Italien wird am Mittwoch unter dem Vorherrsche Poincarés eröffnet.

Quittierte Abschlagszahlung

Paris, 28. Jan. Die Kriegskostenkommission hat die Reparationskommission in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung heute bei den von der Reparationskommission bezeichneten Banken die 31 Millionen Goldmark einbezahlt hat.

Die Lage in der Eisenbahnerbewegung

Berlin, 29. Jan. Die Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahnbeamten und Angewandter hat dem Reichsverkehrsminister und dem Finanzminister eine Entschuldigungsübersicht in der die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes wiederholt und binnen 5 Tagen nach der Ueberzeugung der Rote eine bindende Erklärung über deren Annahme oder Ablehnung verlangt.

Berlin, 30. Jan. Die Mitteilung über den bedrohlich nahegerückten Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat die anderen Eisenbahngewerkschaften veranlaßt, getarnt zu den schwebenden Dingen Stellung zu nehmen.

Berlin, 29. Jan. Am Montag begannen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Landesregierungen Besprechungen über die Frage, inwieweit den Beamten Wirtschaftsbefreiungen entsprechend den den Arbeitern gewährten bewilligt werden können.

Erhöhung der Kohlenpreise

Berlin, 29. Jan. Die Preiserhöhung für Kohle, wie sie namentlich durch die neuen Löhne bedingt wird, beträgt 50 Mark pro Tonne Steinkohle ohne Steuer.

Koalitionsfragen in Oldenburg

Oldenburg, 28. Jan. Seit einigen Wochen Verhandlungen zwischen der gegenwärtigen, aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum bestehenden Koalition und der Deutschen Volkspartei zwecks Einbeziehung der letzteren in die Koalition.

Neue russische Dokumente für die Kriegsschuld Poincarés

Moskau, 28. Jan. Prof. Pokrowski, der von der Sowjetregierung damit betraut worden ist, die Geheimarchive der zaristischen Regierung zu studieren, berichtet, in der Bramba, daß die Sowjetregierung demnächst neue Dokumente der zaristischen Regierung veröffentlicht wird, aus denen die Schuld Poincarés an dem Weltkrieg hervorgehen wird.

Die Braunschweigischen Landtagswahlen

Braunschweig, 28. Jan. Wie die Braunschweigische Landeszeitung mitteilt, hat die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses folgendes Bild ergeben: Landesparlament 23, Demokraten 6, Mehrheitssozialisten 12, Unabhängige 17 und Kommunisten 2 Sitze.

Schweres Kinoundglück

Washington, 30. Jan. Infolge heftigen Schneefalles ist das Dach eines Kinos eingestürzt. 69 Personen wurden getötet, viele verletzt.

Großer Theaterbrand in New-York

New-York, 30. Jan. Am Samstag brach während der Vorstellung im Knickerbocker-Theater Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und das ganze Theater allabendlich in ein Flammenmeer hüllte.

Sprachkassen der Arbeiter

W. B. 28. 1. Ja. 2. Wenn es im öffentlichen Interesse liegt. 3. Ja, denn nachdem das Spritzgesetz gefallen, gibt es keine gesetzliche Grundlage mehr. 4. Nein.

W. B. Wählburg. Für Mann 2.40 M, Frau 2.40 M und für jedes Kind 3.00 M.

R. A. hier und andere Ratsmitglieder. Erst am Freitag eingehende Ratsbeschlüsse können nicht mehr berücksichtigt werden; letzter Termin: Donnerstag abends.

Schriftleitung Georg Schöpfung. Verantwortlich: für Artikel, Politische, literarische und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, aus dem Lande, Gemeindepolitik, aus der Partei, Gerichtszeitung und Revuekonnen Winter; für aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Freund und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Das Geheimnis

alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Blüthen, Hautröte, Pickel, Pusteln usw. zu vertreiben, besteht in richtigen Waschungen mit der echten Fackelofen-Seife von Bergmann & Co., Radebeul. Oberall erhältlich.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Walter Liebcher von Dresden, Kaufmann hier, mit Hedwig Hesselwerdt von hier. Erich Hagenbäumers von Dinglingen, Ingenieur hier, mit Luise Hagenbäumers von Heidelberg. Kurt Koppel von Friedrichstal, Buchhalter hier, mit Paula Ruf von hier. Karl Eichling von hier, Gewerbelehrer hier, mit Ella Brunner von hier. Otto Cassin von hier, Fabrikant hier, mit Martha Reif von hier.

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sonderklasse Gruppe 1 (Karlsruhe)
Ganselb-Durlach. 1. Mannschaft 1:3. Das Spiel fand vor einer zahlreichen Zuschauermenge statt und stand unter der Heberlegenheit von Durlach. Dieser Sieg sichert Durlach den zweiten Platz.
2. Mannschaft unterlag mit 3:1, die 3. mit 8:3. Schiedsrichter gut.

Klasse A. Gruppe 3 (Karlsruhe-Bruchsal)
Reierheim-Blantenloch. 1. Mannschaft 2:1. 2. Mannschaft 4:3. Bei den Spielen wurde um die Bezirksmeisterschaft getritten. Auf beiden Seiten äußert sich großes Interesse. Bei Blantenloch große Hinneigung zur Punkthageret. P. C.

Reisfahrräder scheitert aus den Serienpielen aus.

Privatspiele
Reierheim (Schüler) gegen Durlach (Schüler) 5:1.

Weitere Sportveranstaltungen
Verbandsspiele. Abteilung 1: 1. F. C. Pforzheim - Karlsruhe 2:3. 2. F. C. Pforzheim - F. C. Bruchsal 1:1. Abteilung 2: F. C. Pforzheim - F. C. Bruchsal 2:2. Pforzheim Karlsruhe - F. C. Bruchsal 3:0 (Vollspiel).

Bürgerlich-kapitalistischer Sport und seine Presse

Als nach der Revolution der Arbeiterkampf einige Errungenschaften zugefallen waren, um die sie jahrzehntlang erstritten gekämpft hatte (achtstündentag, allgemeines Wahlrecht usw.), der Kapitalismus dagegen etwas in Vereidigungstellung gedrängt war und noch weiteres Terrain zu verlieren fürchten mußte (auch verloren hätte, wenn die Arbeiterkampf einig wäre), sah sich die kapitalistische Klasse nach neuen Kampfmitteln um, mit denen die verlorenen Stellungen wieder zu gewinnen wären. Ein solches Mittel entdeckten sie in der Sportbewegung.

die man nun auf jede Art zu „unterstützen“ begann. Die schon vor dem Kriege mit viel Geißel arrangierten „Länder-Wettspiele“, zum Beispiel um den Pokal des „Hamburger Fremdenblattes“ und andere wurden bald nach dem Kriege neu in Szene gesetzt und die Begegnung zweier ausgewählter nord- und süddeutscher Mannschaften mit viel Tamtam und ungeheurer Messiasse als „Kampf zwischen Norddeutschland und Süddeutschland“ in die Weltposaune. Dem Beispiel des großen Kapitalistenblattes folgten verschiedene kleinere nach. Auch in Karlsruhe gab es bald je einen „Pokal der „Badischen Presse“ für Fußballer, Leichtathleten usw. — Eine mehr norddeutsche Spezialität sind die „Fabrik-Sportflubs“. Fabrikbesitzer und Direktoren entdecken ihr Herz für den Sport und stiften seitdem Sportplätze, Sportgeräte und Sportkleidung für ihre jungen Arbeiter. Diese Fabrik-Sportflubs sollen wahrscheinlich die Rolle der ehemaligen gelben Werksvereine spielen, deren frühere Mitglieder sich seit der Revolution in Kapitalismus übergeben. Alle diese Stiftungen und Gründungen geschehen aber teilweise nicht aus Liebe zum Sport, sondern teils aus Hoffnungen, die Arbeiterbewegung, teils in der Hoffnung, Geschäfte zu machen. Man glaubt mit der Forcierung der Sportbewegung die Arbeiterjugend von der Gewerkschafts- und politischen Arbeiterbewegung fernhalten zu können. Hand in Hand mit der gefährlichen „Pflege des Sportes“, der „Hebung der Volksgesundheit“, wie diese und ähnliche Phrasen lauten, ging die Gründung von Sportzeitschriften. In jeder größeren, aber auch in vielen mittleren und kleineren Städten haben in den letzten zwei Jahren Sportzeitschriften das Licht der Welt erblickt. Der insolge-

dessen einsetzende Konkurrenzkampf führte in letzter Zeit dazu, daß einige dieser Sportzeitschriften bereits Sonntag nachts hergestellt werden, um in der Montagfrühe vor Geschäftsbeginn der sportbegeisterten Menschheit die neuesten Fußballresultate unterbreiten zu können. Als ob nicht auch mittags noch Zeit wäre, zu erfahren, wie viele Goals die berühmten Klubs Wacker-Münch, Preußen-Berlin usw. „eingekickt“ haben. — Die spekulative Hoffnung, als „Sportmagazin“ Geschäfte machen zu können, scheint sich aber nicht ganz erfüllt zu haben. Vor einigen Wochen hat die zuletzt von der „Bad. Landeszeitung“ herausgegebene „Süddeutsche Sportzeitung“ ihr Erscheinen eingestellt und auch das im Verlag der „Bad. Presse“ erscheinende „Sportblatt“ ist ihm nachgefolgt — wegen mangelndem Absatz. Da beide — wie die meisten bürgerlichen Sportzeitschriften — inhaltlich bedeutungslos waren, ist kein allgroßer Verlust entstanden. Vielleicht hat zu ihrer Unrentabilität der Umstand beigetragen, daß in der letzten Zeit auch zahlreiche Landvereine dem Arbeiterturnerbund beigetreten sind und der bürgerlichen Geschäftshüter bei Ab-schied gegeben haben.

Kreisvorturnerunde in Karlsruhe. Als Vorbereitung für das im Juli d. J. stattfindende 1. deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest findet am 4. und 5. Februar in der Zentralsporthalle zu Karlsruhe eine Kreisvorturnerunde statt, bei der sämtliche Bundesverbände, die Massenübungen der Turner, Sportler und Turnerinnen wie auch alle Geräteübungen durchgeführt werden. Die Bezirkssturmwart für Männer- und Frauenturnen, sowie die Bezirkssturmwart für Mädchen- und Frauenturnen können an der Vorturnerunde teilnehmen. Diefelbe beginnt Samstag mittags.

Lose für die Jugendherbergen. Der Zweigausschuß Baden für deutsche Jugendherbergen veranlaßt bekanntlich eine Lotterie, um weitere Jugendherbergen errichten bzw. bestehende besser instand halten zu können. Der Vorteil der Jugendherbergen kommt der gesamten wandernden Jugend zugute, jedoch nur gewonnen werden kann, daß alle Kreise des Volkes dieses edle Werk unterstützen und Lose abnehmen. Es gilt den Wohlwollen unserer Jugend! Wenn Fortuna hold ist, kann ganz ansehnliche Beträge gewinnen. Lose sind auch bei den Arbeiterpostvereinen erhältlich, sowie bei der Arbeiterjugend.

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
Kofferfabrik
Karlsruhe, B. Tel. 2165
Waldstr. 45
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte 7840

Partie-Haus
Eleg. Damen-Stiefel Mk. 98 bis 108
Eleg. D. Halbschuhe Mk. 94 bis 148
Herren-Stiefel . . . Mk. 130 bis 235
Kinderschuh . von Mk. 20 an
Anzüge, Hosen, Joppen
zu staunend billigen Preisen
L. Brand.

Badisches Landestheater.
Montag, den 30. Januar, 7 1/2 bis 9 Uhr, 41. 15.
Th.-Gem. B. V. B. No. 1631-2000 und 3101-3250.
Zweite musikalische Abendfeier
der Kammermusikvereinsung
Solistin: Elise Meyer aus Berlin.
Werke von Mozart, Brahms und Schubert.
Schriftsteller **G. W. Surya**
aus München spricht in 2 Vorträgen über:
Mentale weiße Magie
oder die Kraft der Gedanken, des Wunsches
und Gebets.
Geist und Materie
(Wahrer und falscher Monismus).
Der 1. Vortrag findet am **Dienstag, den**
31. Januar, der 2. Vortrag am Mittwoch,
den 1. Februar, abends, 8 Uhr, im
Eintrachtsaal
statt. Eintrittskarten zu Mk. 4.—, 5.— und
8.— sind am Saaleingang erhältlich. 2411

Die Ausstellungshalle ist gut geholt!
Circus Busch
Karlsruhe Ausstellungshalle.
Montag abend 8 Uhr:
Elite-Vorstellung
mit ganz neuem Programm.
Vorverkauf von Eintrittskarten
im Zigarrenhaus Moylo
und an der Circuskasse.

Baden-Baden.
Altmaterialienverfeigerung.
Am Donnerstag, den 2. Februar 1922, vormittags
10 Uhr, werden im Stadtsparkelhause, „Ein-
gang Steinstraße“ hier nachfolgend angeführte Gegen-
stände gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
3 Stück 1 Hgl. Eisen, 1 Glasabstreifer, 1 ca. 800 m
langer Schalterverriegel. Eisen u. Stahl, 2 Fenster-
brillanten nebst Fußlampe etc., 1 großer Radel-
ofen, 2 Stroffetten, 2 messing. Kronleuchter 3 armig
kombiniert für Gas und Elektr. komplett, und ver-
schiedenes Kleinmaterial wie Messer u. Kupferdraht. 223
Stadt. Hochbauamt.

Druckarbeiten
aller Art liefert die Buch-
druckerei „Sollersfreund“,
Lützenstraße 24.

Residenz-
Lichtspiele
Waldstraße 30 Telephon 5111
Heute und morgen!
Das Lied von der
glutroten Blume
Nach der eigenartigen Erzählung des
finnischen Dichters
Johannes Linnankoski.
In der Hauptrolle:
Lars Hansson
Lillibil Christensen.
Aus der Sammelmappe der Universal
Eine der bekanntesten Talführen
in Amerika.
„Wunder der Technik“
Gewinnung v. Schwefelsäure (Vitriol).
Chaplin klaut'n Regenschirm
Grotteske in 2 Akten.
Voranzeige:
ab Mittwoch, den 1. Februar 1922
Der ewige Fluch
Drama in 5 Akten.
Regie und Manuskript:
Dr. Fritz Wendhausen.
In den Hauptrollen: 2391
Charles Willy Kaiser,
Rosa Valetti, Emil Heyser.
Telephon 1446

Mitesser
Geld im Bedarf u. am
Körper beliebt sind u.
ganz billig Zucker's Patent-
Medizinale-Soße. Nach jeder
Belastung, Zuckerkremes
nachher, in Prospekt
Erklärung, von Leuten be-
stätigt. In allen Apotheken,
Drogerien, Parfümerie- und
Zahngeschäften erhältlich.
Zagl. 100 M. verdienen.
bis 100 M. Rab. im Be-
trieb (mit Garantiechein).
Job. D. Schütz, Abreisen-
verlag, Köln 948. 2407

Gift-Weizen
bestes Weizen-Berufungsmittel,
in Badungen von
100 gr. 3.50, 1 Kilo
3.12. — liefert
H. V. V. Fried. Springer
Karlsruhe 1. B.
Märktenstraße 52
Telephon 3263. 7750

Felle
Kanin
Feldhasen
Marder
Füchse
Iltis
Miesel
Maulwurf
kaufen jedes Quantum
J. Lupolianski & Co.
Zähringerstr. 28, II.
Telephon 1446

Wollen Sie viel Geld
sparen, dann bringen Sie Ihre Schuhrepara-
turen nur zu uns.
Ia Kornledersohlen
für Herren komplett mit Fleck Mk. 58.—
Damen „ „ „ 48.—
Ia Qualitäts-Gummisohlen
ebenfalls sehr billig.
Solide Arbeit! Rasche Bedienung!
Sad. Gummi- u. Lederbesohlenstall, Kapellenstr. 10
Josef Walter.
Annahmestellen:
Oststadt - Mittelstadt: Hauptreparatur-
betrieb, Kapellenstr. 10
Südstadt: Schuhhaus Altschäler, Werder-
platz, Ecke Wilhelmstrasse
Weststadt: Schuhhaus Reische, Uhland-
strasse 35
Durlacher-Laden, Schlossstrasse, neben Gast-
haus zur „Traube“
Erdingen: Laden Marktstrasse 6. 2410

Durlacher Anzeigen.
Kleinerkaufpreise für Obst und Gemüse
für die Zeit vom 31. Januar bis einschließlich
6. Februar 1922.
Gemüse:
Feldsalat Pfund bis 300
Geldern Pf. bis 150
Kartoffeln Pf. bis 130
Bauk Pfund 120
Kreuzkümmel Pfund 800
Koriander Stück bis 30
Koriander Pf. bis 300
Koriander Pf. bis 100
Sellerie Pf. bis 150
Spinat Pf. bis 80
Winterkohl Pf. bis 200
Winterkohl Pf. bis 200
Obst:
Käpfel nach Güte Pfund 300-400
Birnen nach Güte Pfund 300-400
Verschiedene Äpfel wurden im Rahmen mit
der Preisprüfungskommission Karlsruhe festgesetzt.
Das Verühren des Obstes von Seiten der Käufer
ist verboten.
Durlach, den 28. Januar 1922. 230
Stadt. Preisprüfungsamt.

Brot- und Vollmilchkarten-Ausgabe
für die gesamten Bezugsberechtigten nur in den ehe-
maligen Klassen 4 und 5 im hiesigen Kartengebäude
(Sollersstraße 1), in der Zeit von 2-5 Uhr nachm.
Reihenfolge:
Montag den 30. Januar A-C
Dienstag den 31. Januar D-F
Mittwoch den 1. Februar G-I
Donnerstag den 2. Febr. K-L
Freitag den 3. Februar M-N
Samstag den 4. Februar keine Ausgabe
Sonntag den 5. Februar O-R
Dienstag den 7. Februar S
Mittwoch den 8. Februar T-Z
Als Anzeiger dienen die Stammlisten der zur-
zeit geltenden braunen Brotkarte. Meldestellen kommen
in Begefall.
Nachzügler können die Karten gegen Erstattung
einer Gebühr von Mk. 1.— am Donnerstag den 9.
und Freitag den 10. Februar, nachmittags von 2 bis
5 Uhr, auf Zimmer 10 in Empfang nehmen.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die neuen
Brotkarten erst ab 13. Februar 1922 Gültigkeit haben
und sind die Bäckereien und Milchhandlungen streng
angehalten, die neuen Karten vor diesem Tage auszu-
geben.
Die Milchkarten- und Vollmilchkartenausgabe
auf ärztliche Anträge findet nur vormittags von
8 1/2-12 Uhr statt.
Während der Brotkartenausgabe können die
Spielkarten für bezugsberechtigte Kinder in
den Nachmittagsstunden auf Zimmer 10 eingetauscht
werden.
Kinder- und Krankenbesuch wird ab Montag
den 30. Januar 1922 bis Ende Februar 1922 durch
nachfolgende Bäckereien hergestellt und gegen die
entsprechenden Karten verabsichtigt:
Aligaier, August, Bernbacherstr.
Erdel, Erhard, Stefaniensstr.
Fiegler, Adolf, Langestr.
Fink, Adolf, Dichtental
Erdel, Conrad, Rheinstr.
Der Preis für ein Paket, à 150 Gramm, beträgt
Mk. 1.90. 237
Lebensmittelamt.

Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag, nach-
mittags 4-8 Uhr, Haus Gagarine, Augustaplatz 1,
Erdgeschoss, Zimmer 5.
Arbeitsamt. 228

Offenburger Anzeigen.
Der Stadtrat beabsichtigt die Schaffung eines
Städtischen Altersheim. Um eine Uebersicht über
die Zahl der für die Aufnahme in Betracht kommenden
Personen und ihr finanzielles Leistungsbemögen
zu gewinnen, werden Interessenten aufgefordert, sich
bis spätestens 1. März 1922 beim Vorstehenden des
Rentnerbundes, Herrn Kaufmann S. Leber, oder
beim Bürgermeisteramt, Rathaus Zimmer 11,
anzumelden. 226
Offenburg, den 27. Januar 1922.
Stadtrat.

